NACHRICHTEN AG

06. Juni 2025

EU investiert 175 Millionen Euro: Syrien auf dem Weg zur Integration!

Die EU kündigt ein 175 Millionen Euro Förderpaket für die Integration Syriens in die Nachbarschaftspolitik an, unterstützt durch Erasmus+.

Damaskus, Syrien - Die EU hat heute ein bedeutendes wirtschaftliches Förderpaket für Syrien im Wert von 175 Millionen Euro angekündigt. Ziel dieser Initiative ist die Integration Syriens in die „Südliche Nachbarschaftspolitik“ der EU und die Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Erholung des Landes. Dies gab Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, nach einem historischen Treffen mit dem syrischen Außenminister Asaad al-Shibani in Damaskus bekannt. In den letzten 14 Jahren hat die syrische Bevölkerung enorm gelitten, und es gibt weiterhin großen Handlungsbedarf, wie Šuica betonte.

Die Ankündigung des Hilfspakets umfasst auch die Einbindung

Syriens in das Erasmus-Bildungsprogramm, um die Bildungschancen für syrische Studierende zu verbessern. Šuica stellte zudem fest, dass die EU an der Seite des syrischen Volkes steht und die Initiative mehrere Schlüsselbereiche wie Energie, Bildung und Landwirtschaft fördern soll.

Details des Hilfspakets

Das geförderte Paket zielt darauf ab, die öffentliche Infrastruktur durch Expertenhilfe zu unterstützen und gemeinschaftsorientierte Maßnahmen voranzutreiben. Dazu zählen die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wiederbelebung der ländlichen und städtischen Wirtschaft sowie die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für gefährdete Bevölkerungsgruppen. Zudem soll die Förderung von Menschenrechten und Übergangsjustiz im Fokus stehen. In den sozialen Medien ist die Reaktion auf die Förderung jedoch gespalten, insbesondere in Bezug auf die Vergabe von Erasmus+-Visa an Studierende aus umstrittenen Bildungseinrichtungen.

Die EU hat seit 2011 fast 37 Milliarden Euro an humanitärer Hilfe mobilisiert, die sich vor allem auf syrische Flüchtlinge und deren Aufnahmegemeinschaften konzentrierte. Angesichts der aktuellen geopolitischen Veränderungen – insbesondere nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 – hat die EU die zuvor verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Syrien aufgehoben.

Politische Stabilität und humanitäre Hilfe

Abgeordnete des Europäischen Parlaments äußern Bedenken hinsichtlich der Stabilität Syriens und des gesamten Nahen Ostens. Sie fordern die EU auf, einen politischen Übergang zu unterstützen, der alle gesellschaftlichen und geografischen Gruppen involviert. Dies soll dazu beitragen, Syrien als vereinte und wohlhabende Nation neu aufzubauen. Die Sicherheitslage bleibt jedoch instabil, insbesondere in der Küstenregion, und es

gibt vermehrte Berichte über Rachemorde innerhalb der alawitischen Gemeinschaft.

Eine der drängendsten Herausforderungen ist die soziale Situation von 7 Millionen Binnenvertriebenen, von denen 90 Prozent in Armut leben. Das Parlament hat die erforderliche Fortsetzung humanitärer Hilfe durch die EU gefordert und die Bereitstellung von 235 Millionen Euro an neuer humanitärer Unterstützung begrüßt. Zudem wird die EU angehalten, den Wiederaufbau in den Bereichen Energie, Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu fördern.

Zusammenfassend zeigt die EU, dass sie gewillt ist, sich aktiv für eine langfristige und nachhaltige Lösung der Krise in Syrien einzusetzen. Die Initiative könnte einen entscheidenden Schritt hin zur Stabilisierung des Landes darstellen, doch hängt der Erfolg von einem umfassenden politischen Prozess und der aktiven Unterstützung aller Beteiligten ab. **Freilich Magazin** berichtet, dass die neuen politischen und wirtschaftlichen Ansätze auf umfassende Unterstützung von Seiten der EU und des internationalen Gemeinschaft angewiesen sind. Auch **Germany.ec.europa.eu** hebt hervor, wie wichtig es ist, die Beitrittsentscheidung mit konkreten Unterstützungsmaßnahmen zu verknüpfen. Schließlich appelliert das **Europäische Parlament** an alle Mitgliedstaaten, sich aktiv an der Wiederherstellung Syriens zu beteiligen.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Damaskus, Syrien
Schaden in €	175000000
Quellen	• **www.freilich-magazin.com** • **germany.representation.ec.europa.eu** • **www.europarl.europa.eu**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net